



# Unabhängige Bauernzeitung

„GZ02Z030371M“ P. b. b.  
Verlagspostamt: 4020 Linz

INFORMATIONEN des Österr. Unabhängigen Bauernverbandes Nr. 108/06/15

*In jeder Epoche gibt es Menschen, die nicht wie jedermann denken,  
das heißt, die nicht wie jene denken, die nicht denken.*

*(Marguerite Yourcenar)*

## EINE MILLION ARBEITSPLÄTZE GEHEN VERLOREN

Die Effekte von TTIP treten frühestens in 10 bis 15 Jahren ein. Der BIP-Zuwachs von ein bis maximal eineinhalb Prozent wird nicht bei allen Wirtschaftssparten und Bevölkerungsschichten zum Tragen kommen. Also keine gleichmäßige Einkommensverbesserung für alle bringen. Für Wirtschaftsbereiche die sowohl in den USA als auch in Europa stark im Handel sind, wird es wegen der Konkurrenz Negativeffekte geben, die zur Aufgabe ganzer Sparten führen. So gehören zum Beispiel die Landwirtschaft wie auch Teile der Autoindustrie zu den Verlierern. Nur die Großen werden überleben und von TTIP profitieren.

Schon im Vorfeld der Verhandlungen hat die EU im Agrarbereich Zugeständnisse gemacht. Das Handelsabkommen zwischen den USA und Mexiko hat zwar Letzterem Firmenansiedlungen der Großindustrie und der Konzerne gebracht, die mexikanische Landwirtschaft aber schwer geschädigt.

Experten gehen davon aus, dass in der EU zumindest anfangs eine Million Arbeitsplätze verloren gehen. Soziale Überlegungen werden in TTIP überhaupt nicht berücksichtigt, wie Kosten der Umschulung bei stillgelegten Betrieben, Fragen der Arbeitsemigration u.a. Denn wahrscheinlich werden zum Beispiel Arbeiter aus Italiens Autobranche mögliche Arbeitsplätze in Deutschland annehmen.

Grundsatz der EU ist eigentlich: „Keine Handelsabkommen, die sich negativ auf die Entwicklungsländer auswirken.“ Aber ein liberalisierter Handel zwischen den USA und der EU wird sich negativ auf sie auswirken. Das wird aber in keiner der bisherigen Studien berücksichtigt. Im Übrigen haben sich alle Studien zu großen Handelsabkommen, im Nachhinein als falsch herausgestellt.

Die bürokratischen Erleichterungen im Handel sind nur für die „Kleinen und Mittleren Unternehmen“ (KMU), die „Großen“ haben ohnehin ihre (gefinkelten) Exportabteilungen. (Aus ORF 1 vom 8.6.2015 – „Welt der Wissenschaft“)

## AN IHREN TATEN SOLLT IHR SIE ERKENNEN!

**Agrarbildungszentrum Hagenberg:** Jüngst fand der Spatenstich dazu statt, wodurch die landwirtschaftlichen Berufs- bzw. Fachschulen Freistadt, Katsdorf und Kirchsschlag, alle in OÖ, in einem Bildungszentrum zusammengeführt werden sollen. Die veranschlagten Baukosten betragen 34 Mio. Euro, die **Landinanspruchnahme 12.000 qm**. Schulbeginn für 400 Schülerinnen und Schüler ist der Herbst 2017. – Sind eigentlich Sparsamkeit bei Geld und Grund nur leere Worte?

**Arbeiterkammerwahlen in OÖ:** Vom 8. bis 10. Juni fand die Arbeiterkammerwahl für rund 9.000 Arbeiter und Angestellte in der Land- und Forstwirtschaft statt. Bei einer Wahlbeteiligung von knapp 52 % entfielen auf 34 Mandate 4.520 gültige Stimmen, das sind 133 Stimmen je Mandat. – Sparsamkeit, Verwaltungsreform?

**Agrarexporte als Chance?** Einkauf von Joghurt, jeweils im Becher, auf einer spanischen Urlaubsinsel. Der Preis je Becher verschiedener Herkunft lag zwischen 29 und 69 Cent. Das NICHT gentechfreie Joghurt von DANONE kostete 69 Cent, **das billigste GENTECHFREIE aus Österreich 29 Cent**. – Lautet nicht der Slogan der Milch verarbeitenden Industrie: „Unsere und der Milchbauern Chancen liegen im Export?“ Beim gentechfreien Exportkäse nach Deutschland verhält es sich ähnlich. LKR GROSSPÖTZL hat in der LK-Vollversammlung in OÖ am 11. Juni neuerlich darauf hingewiesen.

## 2015 – Jahr des Bodens

Im Internetportal der „Österreichischen Hagelversicherung“ befindet sich ein Zählwerk, das den aktuellen Stand der seit 1.1.2015 in Österreich verbauten Agrarfläche in Quadratmetern anzeigt. Außerdem wird ausgewiesen, wieviel Bauernhöfen dies entspricht, wobei ein Bauernhof mit dem österreichischen Durchschnitt von 22,4 ha angesetzt ist. Das Zählwerk läuft beängstigend schnell – Tag und Nacht – ohne Pause. Am Sonntag, dem 29. März um 9.30 Uhr, waren es 19,548.270 qm oder 88 Bauernhöfe, die allein im ersten Vierteljahr der Verbauung zum Opfer gefallen sind.

## USA kritisieren EU-Verbote

Was gehen eigentlich jetzt schon Verbote der EU die USA an. Nun ja, es handelt sich konkret um EU-Vorschriften bezüglich Pflanzenschutz und Schädlingsbekämpfungsmittel. Diese Kritik muss im Lichte der Verhandlungen zu TTIP gesehen werden. Diese freche Einmischung in europäische Angelegenheiten ist nur ein kleiner Vorgeschmack dessen, was Europa nach Abschluss des Freihandelsabkommens blühen würde. Wer sich für dieses Selbstmordabkommen stark macht, der sollte sich unbedingt vorher mit der Geschichte der USA befassen.

BEIDES WOLFGANG MÜLLER

## Parteienförderung – der Griff ins Volle

Während die Parteienförderung heuer auf Bundesebene eingefroren bleibt, nutzen die meisten Bundesländer die Möglichkeit der Valorisierung, Wien mit 22,37 Euro je Wahlberechtigtem am massivsten. Nur das Burgenland zahlt weniger aus als im Vorjahr. **Insgesamt fließen gut 135 Mio. Euro an die Parteien.**

Das Parteiengesetz gibt den Ländern eine Obergrenze von ursprünglich 22 Euro je Wahlberechtigtem vor. Heuer wird dieser Wert erstmals valorisiert (bei verschiedenen Sozialförderungen schon seit Jahren nicht) und zwar um 1,7 Prozent. Dadurch liegt die Parteienförderung in Wien mit 26,8 Mio. nur knapp unter jener des Bundes mit 29,4 Mio. Euro.

Großzügig bemessen ist auch diese Förderung in OÖ (18,6 Euro je Wahlberechtigter = 20,2 Mio. Euro) und der Steiermark mit knapp 17 Euro = 16,4 Mio. Euro und Kärnten mit 17,5 Euro je Wahlberechtigtem = 7,7 Mio. Euro. Während der Bund seine Parteienförderung erst valorisiert wenn die Inflation fünf Prozent überschreitet, heben die Länder ihre Fördermittel jährlich an.

Sowohl die Gesamtbeträge als auch die Verteilung auf die einzelnen Parteien werden sich nach den Landtagswahlen noch ändern. (NÖ Bürgermeister Zeitung 4/15)

## Auch dafür AGRAR-Förderungen

Laut Transparenzdatenbank gab es 2014 in Österreich 130.124 Förderfälle. Spitzenbezieher ist die AMA. 33 Betriebe und Vereine in Österreich haben im EU-Budgetjahr 2014 (Oktober 2013 bis Oktober 2014) jeweils mehr als eine Million Euro an AGRAR-Förderungen erhalten.

Die mit Abstand höchste Fördersumme von 24,2 Mio. Euro bekam die AMA als „technische Hilfe“ zur Umsetzung des ÖPUL-Programms. Der „Waldpflegeverein Tirol“ – ein Verein zur Förderabwicklung der Waldbesitzer – bekam 4,1 Mio. Euro. Die „A1 Telekom Austria“ für „Grundleistungen für die Wirtschaft und ländliche Bevölkerung“ erhielt 2,3 Mio. Euro. (OÖ Nachrichten vom 1.6.2015)

## Die Ökologie Enzyklika „Laudato si“

Am 18. Juni wurde diese Enzyklika von Papst Franziskus veröffentlicht, worin er Konsumrausch, Umweltzerstörung und eine Unterwerfung der Politik unter die Wirtschaft anprangert. **„Niemand haben wir unser gemeinsames Haus so schlecht behandelt und verletzt, wie in den letzten beiden Jahrhunderten. Die Unterwerfung der Politik unter die Technologie und das Finanzwesen, zeigt sich in der Erfolglosigkeit der Weltgipfel über Umweltfragen. Wir wissen, dass das Verhalten derer, die mehr und mehr konsumieren und zerstören, während andere noch nicht entsprechend ihrer Menschenwürde leben können, unverträglich ist.“** – Werden diese Mahnworte des Papstes bei den Entscheidungsträgern einen Sinneswandel bewirken?

## UBV – JA ZUR NACHHALTIGKEITSBEWERTUNG

In einer Sitzung der UBV-Bundesleitung, am 21. Mai d.J. in Sadtledt, wurde nach ausführlicher Beratung der einstimmige Beschluss gefasst, das Luxemburger CONVIS-SYSTEM zur Bewertung der Nachhaltigkeit unserer bäuerlichen Betriebe anzubieten und unseren aktiven Mitgliedern zu empfehlen. Auch in der UBZ vom April heurigen Jahres wurde wieder darüber berichtet.

### Nutzen und Vorteile dieses Programms

Natürlich fragt sich jede und jeder Aktive: „Was habe ich von diesem System?“ Die Kosten sind wie bekannt für jeden verkraftbar. – Ich war selber in Luxemburg und habe mich sehr eingehend damit befasst. Mit einer automatischen Auswertung der wichtigsten Betriebszahlen können auf Knopfdruck folgende Fragen jedes Betriebsführers für seinen Hof beantwortet werden:

1. Werden die eingesetzten Betriebsmittel (Futter, Dünger...) bestmöglich genutzt?
2. Passt der Aufwand mit den Roherträgen zusammen?
3. Wie viele „Dieselgleichwerte“ werden je Produkt eingesetzt?
4. Welcher Stundenlohn wird denn eigentlich erzielt?
5. Kann ich mir sicher sein, dass der Betrieb nachhaltig aufgestellt ist?
6. Wo gibt es VERBESSERUNGSMÖGLICHKEITEN?
7. Wie hoch ist die Umweltleistung für die Gesellschaft, die abgegolten werden sollte?

### Was ermöglichen die Ergebnisse dem UBV?

- ◆ Wir können unabhängig von den Buchführungsbetrieben UNSEREN Stundenlohn nachweisen!
- ◆ Es können jene Leistungen objektiv berechnet werden, die wir für die Allgemeinheit erbringen!
- ◆ Die nachhaltige Bewirtschaftung und der „ökologische Fußabdruck“ unserer Betriebe können stichhaltig dargestellt werden!
- ◆ Wir können gemeinsam auf den Tisch bringen, dass mit einfachen Mitteln, ohne Fördermaßnahme, der tatsächliche Erfolg nachgewiesen werden kann!
- ◆ Wir können aufzeigen, dass wir uns an wesentlichen Umweltkriterien und nicht an äußerlichen Einzelheiten orientieren (z.B. „Sträucherbürokratie“)!
- ◆ Wir können im internationalen Vergleich, durch die Zusammenarbeit mit Luxemburg aufzeigen, dass wir in unserem Land zwar schwierige Bedingungen haben, aber trotzdem das Beste daraus machen!
- ◆ Wir werden mit diesen Daten auch politisch darauf drängen können, woran sich ein neues ÖPUL-Programm orientieren müsste, damit unsere bäuerliche Landwirtschaft eine Zukunft hat!

CONVIS gewährt den UBV-Anwendern die programmtechnische und fachliche Unterstützung für die korrekte Anwendung der genannten Applikation. CONVIS garantiert dem UBV absolute Vertraulichkeit in der Behandlung der Daten und der Ergebnisse. Auf Wunsch können diese Betriebe auch völlig anonym bleiben. Die Nachhaltigkeitsbewertung ist eine sich stetig entwickelnde Aufgabe. CONVIS und der UBV versichern sich eine konstruktive und vertrauliche Zusammenarbeit. Die Selbstkosten pro Betrieb belaufen sich auf 50 Euro/Jahr. Es gibt ein übersichtlich gestaltetes Handbuch und es sind auch Schulungen vorgesehen. Der eigene Zeitaufwand je Betrieb sind einmalig 2 bis 3 Stunden. Weitere Auskünfte bzw. Anmeldungen unter:

0664 413 3069 (Wilfried WENZL) E-Mail: wenzlliezen@aon.at oder  
0664 106 5065 (Johann ILSINGER) E-Mail: schabrachalm@aon.at

WILFRIED WENZL

## NICHT DIE BAUERN SIND SCHULD!

Der UBV stellt fest, dass sich die Fälle mehren, **dass von staatlichen bzw. EU-Institutionen als unbedenklich erklärte und von Experten zur Anwendung empfohlene Pflanzenschutzmittel**, oft nicht mit dem notwendigen Sachverstand, öffentlich überhart kritisiert werden und deren Anwendungsverbot umgehend gefordert wird.

Wir meinen, die staatlichen und EU-Institutionen sowie die Chemiekonzerne sind spätestens jetzt endgültig dazu aufgerufen, keine Pflanzenschutzmittel zuzulassen bzw. auf den Markt zu bringen und zu bewerben, die dann über kurz oder lang als gesundheits- und umweltschädigende Gifte an den Pranger gestellt werden können. Die derzeitige Vorgangsweise ist eine, die das Image der Landwirtschaft schwer schädigt und völlig ungerechtfertigter Weise die Bauernschaft zum Giftspritzer und Umweltschädiger abstempelt.

# BURGENLAND:

## ANTRAG MÜLLDEPONIE ZURÜCKGEZOGEN

Vor fünf Jahren war die Aufregung groß als man erfuhr, dass eine „Rohstoff-Mülldeponie“ im Bereich Parndorf-Neudorf bei Parndorf errichtet werden sollte. Inhomogene Bodenschichten sind charakteristisch für die Beschaffenheit der naturkundlich weltbekannten „Parndorfer Platte“. Doch ausgerechnet hier, an einer geologischen Bruchstelle mit dem größten Grundwasservorkommen Mitteleuropas, wurde die Errichtung einer Giftmülldeponie beantragt. Betreiber war die „AVE-Gruppe“, ein führendes Unternehmen am Sektor Abfallwirtschaft in Zentral- und Osteuropa. Die UBZ hatte darüber schon in Folge 81/12/2010 eingehend berichtet.

Bürgerinitiativen und Vereine wurden gegründet und kämpften dagegen an. Anfangs hat man sie – uns – belächelt, weil der Betreiber doch so mächtig war, so die „Verhinderungs-Initiatoren“. Letztlich konnten sich aber Bürgermeister und Landespolitiker den berechtigten Sorgen nicht verschließen und mussten tätig werden. Auf Grund eines Gutachtens, das vom Land in Auftrag gegeben wurde, ging der Konzern in die Knie und zog seinen Errichtungs-Antrag zurück.

Dennoch ist Wachsamkeit geboten, denn die AVE hat neue Eigentümer die derartige Begehrlichkeiten neuerlich äußerten. Die Initiatoren betonen in einem Rückblick, dass nur Geschlossenheit und Zusammenhalt zum Erfolg führten. Ein Beweis dafür, dass damit Sachpolitik über Parteipolitik obsiegen konnte – und kann.

## VERENA DUNST FOLGT ANDREAS LIEGENFELD

Der bekannte Ausgang der burgenländischen Landtagswahl vom 31. Mai und die kurz darauf angekündigte neue Regierungskoalition gaben den Kommentatoren ausreichend Stoff und waren Anlass für Reaktionen und Veränderungen. So übernimmt das bisher vom ÖVP-Mandatar Andreas LIEGENFELD geführte Agrarressort die SPÖ-Mandatarin Verena DUNST. Sie ist gelernte Pädagogin und seit 1982 in der Frauenpolitik aktiv. Nur kurzzeitig war sie 1996 im Nationalrat, ganze neun Monate, als Ersatzmitglied im Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft tätig.

Seit Dezember 2000 ist Frau DUNST als Landesrätin in der burgenländischen Landesregierung **und übernimmt nun neben ihren bisherigen Funktionen** auch jene des Agrarlandesrates. Dazu bedarf es in der Politik offensichtlich keinerlei Fachwissen, es wird ja quasi nur ganz „nebenbei“ von ihr verwaltet. Auch hier zeigt sich, dass zwischen gemachten Aussagen über Bedeutung und Wichtigkeit der Landwirtschaft und der darin Tätigen und der realen Wirklichkeit Welten klaffen. Waren schon bisher die Mehrzahl der Bäuerinnen und Bauern vom abgelösten Agrarlandesrat LIEGENFELD wenig angetan, so lässt die neue Landesregierung mit Frau LR DUNST den Stellenwert erahnen, den man nunmehr der Landwirtschaft in dieser Landesregierung zumisst.

## UNWETTER VERNICHTEN 10.000 HEKTAR

Alle Jahre wieder und diesmal schon Mitte Mai. Sintflutartige Regenfälle und schwere Hagelunwetter haben in den südlichen Bezirken Oberwart und Güssing zu schweren Schäden an den landwirtschaftlichen Kulturen geführt. Betroffen sind davon Getreide, Mais, Soja und Raps, aber auch die Weinkulturen und Gärtnereien. Nach ersten Erhebungen durch die Hagelversicherung vor Ort, beträgt das versicherte Schadensausmaß rund 1,5 Mio. Euro auf einer Fläche von etwa 10.000 Hektar. Das ist mehr als bitter für die Betroffenen, denn sämtliche Kulturen befinden sich derzeit in einem optimalen Zustand, der an sich die Herzen der Bäuerinnen und Bauern höher schlagen lässt, auch wenn die zu erwartenden Erzeugerpreise schockieren.

FRIEDRICH MEIXNER

# STEIERMARK:

## SIE KÄMPFEN UMS ÜBERLEBEN

Der südliche Teil der Steiermark mit großteils kleinbäuerlicher Struktur, ist geprägt von Ackerbau, Schweinemast, Ferkelerzeugung, Wein- und Obstbau sowie vielen Sonderkulturen. Geringe Niederschläge – Trockenheit – sind wirtschaftlich schwer verkraftbar, ebenso die ständigen schweren Gewitter mit Überschwemmungen und Hagel.

Betriebe die ohnehin schon jede Menge Probleme haben, vielleicht auch noch familiäre und denen nun zusätzlich in kurzer Zeit durch Hagel (wiederum) die Ernte vernichtet wird, da sind die Betriebsführer verständlicherweise verzweifelt und fühlen sich von Gott und der Welt verlassen.

An sich gibt es in der breiten Bauernschaft kein Verständnis für die von der Bauernbundspitze ausverhandelte Erhöhung der Einheitswerte unter den für die Landwirtschaft gegebenen Verhältnissen. Ein neuerlicher Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen, wie der Verlust der Mineralölsteuer-Rückvergütung beim Agrardiesel? Nach wie vor ist unsere Forderung – jene des UBV – an unsere Interessenvertretung, sich mit Nachdruck für eine korrekte, objektive Feststellung und Bewertung der landwirtschaftlichen Erträge ein- und durchzusetzen. Weil dies die gesetzliche Grundlage für die Feststellung der Einheitswerte ist. Der UBV vertritt die Auffassung „was es wiegt das hat's“, wo Gewinne erzielt werden, sind diese auch zu versteuern.

## UNVERSTÄNDLICHE ZUSTIMMUNG ZUR STEUERREFORM

Für uns unverständlich ist das Stillschweigen und die Zustimmung unserer Interessenvertretung zur vorgesehenen Steuerreform. Allein die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes kostet die steirische Bauernschaft laut Berechnung der Landwirtschaftskammer etwa 10 Millionen Euro. Als unverständlich und nicht praxistauglich ist die verpflichtende Verwendung einer Registrierkasse mit einem Umsatz ab 15.000 Euro anzusehen. Dies verursacht zusätzliche Kosten von etwa 2.000 Euro, ganz abgesehen vom Arbeitsaufwand. Einerseits versucht man die Betriebe zur Direktvermarktung zu begeistern, andererseits bestraft man diese Betriebe wieder einmal mit zusätzlichen Kosten und zusätzlicher, nicht abgoltener Arbeit. Ich frage mich da schon: „Wo bleibt da unsere Interessenvertretung?“

Wenn man nämlich bedenkt, dass bei Buschenschank, Direktvermarktung, Marktfahrern, Almauschank etc. bei einem Umsatz von 30.000 Euro vom Finanzamt 10.000 Euro Gewinn ermittelt werden und bei der Einkommenssteuererklärung 11.000 Euro Freibetrag gerechnet werden, ist es schon verwunderlich, dass nun die Registrierkassenpflicht bei 15.000 Euro Umsatz verpflichtend werden soll.

## POLITISCHES ERDBEBEN WAR VORHERSEHBAR

Das politische Erdbeben bei der jüngsten Landtagswahl war vorhersehbar. Die Ratlosigkeit und Betroffenheit der bisherigen „Reformpartnerschaft“ zeigt m.E. wie weit sich die Politik von ihren Bürgern und Wählern entfernt hat. Aus meiner Sicht ist die Hochnäsigkeit und Arroganz verschiedener Personen, vor allem auf Seiten der ÖVP genauso Schuld am Wahlergebnis, wie das Nichtreagieren auf die hohe Arbeitslosigkeit hier in der Steiermark. So waren bei unseren letzten fünf – sehr gut besuchten – Informationsveranstaltungen mit anschließender Podiumsdiskussion trotz Einladung keine Vertreter von Seiten der Regierungsparteien anwesend. Das ist aufgefallen und wurde übel vermerkt.

Im Übrigen sind die fix zugesagte Entbürokratisierung und der Verwaltungs-Abbau nur leere Versprechen, denn in Wahrheit haben wir einen Höchststand an Verwaltungsbeamten. Dies ist aus meiner Sicht ein gewolltes System, weil bisher hier die treuesten ÖVP-Wähler zu finden waren. Nur noch zur Abrundung, der Schuldenstand des Landes Steiermark befindet sich auf einem historischen Höchststand.

Aus meiner Sicht – und da bin ich sicher nicht allein – gibt es auch in der Steiermark betreffend die Land- und Forstwirtschaft viele offene „Baustellen“. Als die wichtigsten möchte ich nennen: die „Novellierung des Raumordnungsgesetzes“ sowie jene von „Naturschutzgesetz“ und „Jagdgesetz“. Es sind viele die erwarten, dass die Landesregierung diesbezüglich positive Taten setzt.

Weitum ist man der Meinung, dass es der ÖVP durch hinterlistige, schmutzige Methoden gelungen ist den Landeshauptmann zu erreichen. Der Glaube an eine ehrliche, anständige Politik ist bei vielen Wählern verloren gegangen und es ist durchaus zu erwarten, dass daraufhin die Zahl der Nichtwähler noch steigen wird.

# SALZBURG:

## ÖVP: „KEINE NEUEN STEUERN!“

Vor den letzten LK-Wahlen zogen ÖVP-Bauernvertreter von Versammlung zu Versammlung und ihr Wahlslogan war, die kommende Steuerreform werde sicher nicht durch neue Steuern finanziert. „Auch einen Angriff auf unser Eigentum werde die ÖVP verhindern“ – und so weiter.

Jetzt herrscht eisiges Schweigen der schwarzen Bauernvertreter zur heiß diskutierten Steuerreform. Stellt man ihnen eine Frage zu etwaigen neuen Belastungen für die Bauernschaft, kommen nur ganz lapidare Antworten wie: „Alles nicht so schlimm“ und „Wir sind mit unserem Finanzminister ja noch in Verhandlungen“ etc. Doch eines ist so sicher wie das Amen im Gebet, die Bäuerinnen und Bauern werden mit Sicherheit von neuen Belastungen nicht verschont. Wie ich sie im Übrigen kenne, werden etliche von ihnen aus lauter Parteidisziplin neue Belastungen auch noch bejahen. Denn ihre Bauernvertreter werden ihnen wie immer weiß machen, dass es eigentlich noch viel schlimmer gekommen wäre, hätten sie nicht so für die Bauernschaft gekämpft. Und auch dann wird ihnen der Applaus „verständnisvoller“ Bäuerinnen und Bauern sicher sein.

### Der UBV lehnt jede neue Belastung ab

Für uns steht fest, der UBV lehnt jede weitere neue Belastung für die Bauernschaft mit aller Entschiedenheit ab. Drei Jahre hintereinander Einkommensverluste, neuerlich sinkende Erzeugerpreise, sinkende Ausgleichszahlungen und steigende Kosten für Betriebsmittel lassen die bäuerlichen Betriebe ums Überleben kämpfen. Es kann ja wohl nicht sein, dass in einem Sozialstaat die einen ständig den Gürtel enger schnallen müssen und den anderen Inflationsausgleich und Einkommenserhöhungen zugebilligt und ausbezahlt werden.

Wenn es stimmt was derzeit vielfach zu hören ist, dass diese Steuerreform zu zwei Drittel durch neue Steuern finanziert wird, dann kommt dies einem Totalversagen der Mitregierungspartei ÖVP gleich. Dies wäre dann aber auch die schlimmste Art, definitiv gegebene Zusagen wiederum nicht zu erfüllen. Frage am Rande: „Warum wird eigentlich überhaupt nicht an den Parteienförderungen gespart, die zu den höchsten innerhalb der EU zählen? Beweisen denn die Parteien, dass sie überhaupt soviel Geld wert sind?“

### Neue Erbschaftssteuern für Bauernhäuser?

Werden nun die Bauernhäuser von der neuen Erbschaftsteuer ausgenommen, oder nicht? Fix ist noch gar nichts. Sollte dies jedoch wirklich der Fall sein, dann bin ich gespannt wie lange es dauert bis wieder ein ÖVP-naher Unternehmer eine Beschwerde wegen Ungleichbehandlung einbringt. Wird man dann achselzuckend den Bäuerinnen und Bauern erklären, dass SIE nichts dafür könnten, denn Bescheide der Höchstgerichte sind eben zu akzeptieren?

Das große Problem bei Bauernhäusern ist, dass sie vielfach seit Jahrhunderten stehen und bestehen. Je größer der Bauernhof und je mehr er gehegt und gepflegt wurde, desto teurer wird es. Der UBV wird sich auch hier mit allen Kräften gegen jede neue Belastung wehren.

## WILLKOMMEN IM FREIEN MILCHMARKT!

Laut Aussagen unseres Kammerpräsidenten warteten schon viele Milch-Bauern auf das Ende der Milchquote, um am freien Markt mitmischen und ihr Produktionskapital voll ausschöpfen zu können. **Von den Molkereien und den genossenschaftsnahen Bauernvertretern wurde prophezeit, dass die wahrscheinliche Mehrerzeugung von Milch keine wesentlich negativen Auswirkungen auf den Bauernmilchpreis haben werde.** Nun ist dieser aber in nur einem Jahr um sechs Cent, das sind etwa 15 % gefallen, obwohl innerhalb der EU die Milchanlieferung gar nicht stieg, sondern im Gegenteil, sogar zurückging!

Nun verstehen unsere sonst so schlauen „Freie-Markt-Experten“ plötzlich den Markt nicht mehr. Denn wie kann es denn sein, dass eine „wahrscheinliche Mehrproduktion den Milchpreis der Bauern nicht negativ beeinflusst“, nun aber bei einer sinkenden Anlieferung seit Abschaffung der Milchquote, der Bauernmilchpreis weiter gesenkt wird? Ist dieser „freie Markt“ etwa doch nicht so frei? Haben da vielleicht ein paar Konzerne – oder Spekulanten – die Finger im Spiel? Sind die Milchbauern in diesem freien Markt vielleicht doch nur Marionetten (nützliche Idioten) mit denen nach Belieben gespielt wird? Vielleicht nach dem Motto: „Wie viele brauchen wir denn, wie viele können denn noch ‚sterben‘“?

## **DAS DARF DOCH NICHT PASSIEREN!**

Während die Wirte, die Wirtschaftskammer und viele andere Gruppen lauthals protestieren, werden die Bäuerinnen und Bauern, die schon in den letzten Jahren große Belastungen auf sich genommen haben, voraussichtlich mehrheitlich auch neue Belastungen eher schweigsam ertragen, als sich dagegen zur Wehr zu setzen. „Denn auch diesmal hätte es ja noch viel schlimmer kommen können“. Ausgerechnet immer bei der Bauernschaft, die doch so überlebenswichtig ist? Ich kann viele von ihnen einfach nicht verstehen, denn wie kann man ein so wunderschönes Land, wie es Österreich nun einmal ist, einfach der Gier skrupelloser Finanzhaie und Konzernen überlassen? Langsam aber sicher, ein über Jahrhunderte gepflegtes Land mit seinen Höfen, völlig kampfflos, mitunter auch uninteressiert aufgeben, als ginge es dabei nicht um uns selbst, unsere Höfe, unsere Zukunft! Wenn wir nicht aufpassen, werden noch unsere Höfe zur Belastung, und das dürfen wir auf keinen Fall zulassen.

## **BERUFSTÄNDISCH GUT, PARTEIPOLITISCH NICHT TRAGBAR**

Meine Einstellung „mich nie mehr einer Partei anzuschließen“, wurde mir in den letzten Wochen wieder einmal bestätigt. Ich glaubte nicht richtig gehört zu haben als ich in den Medien vernahm, dass der neue, gerade erst in der Landwirtschaftskammer angelobte FPÖ-Landwirtschaftskammerrat KÖLTRINGER, schon wieder aus der FPÖ ausgeschlossen worden ist. In der kurzen Zeit unseres Kennenlernens habe ich ihn als jungen, sympathischen und ruhigen Mann eingeschätzt. Der genannte Grund für den Ausschluss war unangebrachte Kritik an der FPÖ-Führung.

Auch unserem rührigen UBV-Kammerrat, meinem Freund Stefan WEISS erging es genauso, obwohl er es in seiner Heimatgemeinde als Freiheitlicher geschafft hatte Vizebürgermeister zu werden. Auch er wurde wegen „unangebrachter Kritik“ aus seiner Partei ausgeschlossen, bei der nächsten Versammlung nicht mehr in den Saal gelassen. Es ist schon so, dass es den meisten Parteispitzenfunktionären vordergründig um Macht, um Einfluss und auch um ein gesichertes Auskommen geht. Es geht da nicht um gute Ideen, nicht um Fortschritt, nicht um Land und Berufsstand, sondern um Macht und darum, diese nicht zu verlieren. Eigenständiges Denken und Handeln, besonders von jungen Parteimitgliedern ist unerwünscht und führt im Wiederholungsfall meist zum Parteiausschluss. Nun wurden aber jüngst auch die „Ausschließer“ von der Bundesparteiführung ausgeschlossen. Weiß da überhaupt noch jemand wer nun „drinnen oder draußen“ ist?

Damit wir uns richtig verstehen, ich bin kein Parteigegner, aber ich nehme mir als Staatsbürger und als Berufsvertreter das Recht heraus, das demokratische Recht, die Parteien kritisch zu beurteilen. Ich gehe zu jeder politischen Wahl und gebe meine Stimme jenen, von denen ich erwarte – erhoffe – dass sie sich auch für meine berechtigten berufsständischen Anliegen engagieren.

## **UNTERSTÜTZT DEN UBV, DENN UBV HEISST...**

- ... Berufs- vor Parteiinteressen, parteiunabhängiger Handlungsspielraum;
- ... mitdenken und kritisches Einbringen sind erwünscht;
- ... dass dieser absolut parteiunabhängig ist, wobei die politische Einstellung jedes einzelnen Mitgliedes überhaupt kein Thema ist;
- ... dass es uns nur um die Anliegen der Bäuerinnen und Bauern und deren Betrieben geht;
- ... aktiv und ehrenamtlich mitarbeiten, der UBV hat keine lukrativen Posten zu verteilen;
- ... dass Idealisten und kritisch Denkende erwünscht sind, die auch Funktionen übernehmen;
- ... bäuerliche BERUFSVERTRETUNG ohne Parteieinfluss, so wie sie in allen Wirtschaftszweigen, innerhalb der Selbstständigen und der Arbeitnehmerschaft schon lange üblich ist.

Wenn Du die Anliegen und die Zielsetzung des UBV unterstützen willst, Dir der Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft ein Anliegen ist, Du auch Deine Ideen einbringen willst, dann schließe Dich uns an (Beitrittserklärung zum Ausschneiden liegt bei). Wir werden uns darüber sehr freuen, das Team des UBV-Salzburg mit seinem Obmann LKR Georg ESSL (0664 514 45 96).

Unterstütze uns mit dem Abo der „Unabhängigen Bauernzeitung“ (UBZ) – INFORMATIONEN des UBV – durch das Einzahlen von Euro 25,-/Jahr auf das Konto AT30 3502 1000 0121 8957. Du erhältst dann spesenfrei die UBZ sechs Mal im Jahr und damit Informationen einer etwas anderen Sichtweise, nämlich aus Sicht aktiver Bäuerinnen und Bauern zu agrarpolitischen Anliegen und Problemen. – Einen schönen, unfallfreien und auch betrieblich erfolgreichen Sommer wünscht Euch

GEORG ESSL

## AUS DER VOLLVERSAMMLUNG VOM 19. JUNI

Am 19. Juni 2015 fand die letzte Vollversammlung der LK-Salzburg vor der Sommer-Erntepause statt. Dazu brachte der UBV zwei Anträge ein, die folgendes zum Inhalt hatten:

**1. ANTRAG:** „Die Vollversammlung spricht sich **gegen die weitere Verwendung von Glyphosat** für den Haus- und Gartenbereich sowie für die Verwendung bei Straßen- und Gleisanlagen aus. Auf den Einsatz in der Landwirtschaft muss ebenfalls verzichtet werden. – Die Minister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz sowie für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft werden aufgefordert den weiteren Einsatz von Glyphosat in Österreich und der EU zu unterbinden.“

Begründung: Glyphosat ist weltweit das am häufigsten eingesetzte Unkrautbekämpfungsmittel. Es wird auf Wiesen, Weiden und Ackerflächen, aber auch im Obst- und Weinbau und besonders im Gartenbereich eingesetzt. Die Agentur für Krebsforschung der WHO hat dieses Pestizid als wahrscheinlich krebserregend eingestuft. Drei Untersuchungen in Kanada, Schweden und den USA haben ein erhöhtes Risiko für Lymphknotenkrebs bei Menschen ergeben. Das Pestizid wird vermehrt im Grundwasser, aber auch im Urin von Menschen und Nutztieren nachgewiesen.

**2. ANTRAG:** „Der Präsident der LK-Salzburg möge sich im Wege der LK-Österreich beim Gesundheitsministerium dafür verwenden, dass die **Auslegung der neuen Bio-Verordnung** im nachfolgend dargelegten Sinn erfolgt.“

Etwa 3.500 Bauern im Lande Salzburg bewirtschaften ihren Betrieb biologisch. Die überwiegende Zahl der Betriebe sind Rinderhalter. Salzburg hat mit 44% den höchsten Anteil an Biobetrieben in Österreich. Die Auslegung der derzeitigen Grundverordnung in der Bio-Tierhaltung der EU bzw. die Durchführungsbestimmungen durch das Gesundheitsministerium sind in mehreren Bereichen nicht praxistauglich. Durch die neue Bio-Verordnung der EU, die derzeit beschlossen wird, gibt es die Möglichkeit die bestehenden Vorgaben positiv zu verändern.

KLEINERZEUGER-REGELUNG: Im Gegensatz zu Österreich, wo die Kleinerzeugerregelung laut Erlass des Gesundheitsministeriums an die absolute Zahl von 35 RGVE je Betrieb gebunden ist, gibt es **in Bayern die Möglichkeit 35 RGVE anzubinden** und darüber hinaus noch beliebig viele Rinder im Laufstall zu halten. Diese Möglichkeit muss auch in Österreich angeboten werden.

KÄLBERHALTUNG: Eine Bestimmung, dass jedes Kalb ab dem 8. Lebenstag ständig Zugang ins Freie haben muss, widerspricht den praktischen Möglichkeiten des Großteils der bäuerlichen Betriebe. Die Kälberboxen befinden sich aus praktischen Gründen meist in der Nähe des Melkstandes. Der Auslauf ins Freie ist daher mit hohen Kosten beim Umbau verbunden. Ein Auslauf ins Freie sollte frühestens nach Ende der Tränkeperiode, oder einem Alter von ca. drei Monaten verpflichtend sein.

-----  
Beide Anträge wurden von den UBV-Kammerräten Georg ESSL, Stefan WEISS, Josef TIEFENBACHER, Fritz REICHL und Günther STÖCKL unterschrieben. Beide Anträge wurden wie üblich dem zuständigen Ausschuss zur weiteren Behandlung zugewiesen. – Lediglich Dringlichkeitsanträge werden in der Vollversammlung behandelt, wenn ihnen die Dringlichkeit zuerkannt wird.

Festzuhalten ist, dass die neue EU-Bio-Verordnung im EU-Ministerrat beschlossen wurde, jetzt aber noch der Zustimmung durch das EU-Parlament bedarf. – Themen in der Vollversammlung waren die Erbschaftssteuer, wo Details bezüglich des Wohnraumes noch nicht fix sind sowie das Problem der Vieheinheiten bei Jungpferden. Besondere Höhepunkte hatte die vierstündige Vollversammlung nicht zu bieten.

## IST DAS NACHHALTIGE AGRARPOLITIK?

Ein noch nie dagewesenes Bienensterben, immer mehr Menschen – auch Kleinstkinder – erkranken an Krebs. Obwohl ein gigantischer Forschungsaufwand betrieben wird und es immer bessere Medikamente gibt, sterben immer noch viele daran. Maßgebliche Entscheidungsträger und Agrarpolitiker weigern sich einen Zusammenhang zwischen Spritzmitteln und vielen neuartigen Krankheiten zu sehen. Auch die Wissenschaft macht noch keine hundertprozentigen Aussagen, agiert oft widersprüchlich.

Trotz Bedenken renommierter Wissenschaftler steigt der Spritzmitteleinsatz in Europa (nicht in Österreich) und auf der ganzen Welt, laut Statistik um das Siebenfache. Eine vor Wochen veröffentlichte „unabhängige“ Studie der EASAC sieht in den, in der Landwirtschaft eingesetzten Pestiziden das Grundübel für das Massensterben der Bienen. Dadurch werden die Bäuerinnen und Bauern als böse Verursacher abgestempelt, obwohl diese Spritzmittel ganz offiziell zugelassen und empfohlen wurden.

Um die Probleme in den Griff zu bekommen, müsste eine völlig neue Agrarpolitik (weltweit) in Gang gesetzt werden. Abhängigkeit schaffende Verbindungen zwischen Landwirtschaftskammern, Landwirtschaftsvertretern, Agrar- und Chemiekonzernen, einschließlich Agrarvertretern in diesen als Aufsichtsräte, müssten aufgelöst bzw. völlig neu überdacht und geregelt werden.

Wenn aber die Landwirtschaft weitestgehend auf Pflanzenschutz (Chemie) verzichten soll, dann muss man ihr vorzeigen – und zwar praxistauglich – wie sie den Appellen zur Produktionssteigerung, hervorragender Qualität und Ernährungssicherheit nachkommen kann. – **Schon jetzt bedarf es geregelter Mindest-Erzeugerpreise, die ein nachhaltiges Bewirtschaften der Höfe durch die dort Tätigen in sozialer Gleichstellung und Würde auch möglich macht.** Nur dann könnten ALLE mit einem einigermaßen ruhigen Gewissen in die Zukunft blicken.

Ob dies lediglich ein frommer Wunsch bleibt oder Wirklichkeit wird? – Beim Pflanzenschutz geht es um sehr viel Geld, um mächtige, einflussreiche Konzerne, um deren und der Aktionäre Gewinne, die sich mit Vehemenz gegen Änderungen wehren werden.

**Wir alle sollten uns aber die Frage stellen, ob immer billiger, immer mehr, immer schneller, immer ungesünder und „immer alles haben wollen“ auf Kosten anderer, verantwortbar ist. Auch uns gegenüber,** weil wir damit die Zukunft unserer Kinder, Enkel auf's Spiel setzen und wie Papst Franziskus sagt: „damit die Welt ruinieren“.

GEORG ESSL / GENO

## NIEDERÖSTERREICH:

### AUSSERORDENTLICHER LANDESVERBANDSTAG

Dazu hatte die NÖ-Landesleitung die UBV-Mitglieder am 11. Juni nach Oberegging eingeladen. Obmann SCHMIEDLECHNER begrüßte alle und begründete den außerordentlichen Landesverbandstag wie folgt:

Bei der letzten Jahreshauptversammlung konnte die Entlastung des Kassiers nicht durchgeführt werden – drei Obmannstellvertreter haben ihre Funktionen zurückgelegt – Ergänzungswahlen sind durchzuführen.

Weiters berichtete der Obmann als neuer Landwirtschaftskammerrat (LKR) von der konstituierenden Sitzung des Kontrollausschusses am 27. Mai. Der LK-Rechnungsabschluss wurde ausgehändigt. Der Vergleich der Zahlen aus den jeweiligen Kammerbezirken wirft einige Fragen auf. Diese abzuklären wird noch einige Zeit und Arbeit in Anspruch nehmen. Die Verwaltung der LK kostet ca. 40 Mio. Euro jährlich, wobei die Hälfte etwa durch die Kammerumlage gedeckt wird. Den Rest steuern Land, Bund und Zinserträge und Ähnliches bei.

LKR Rudolf HÖBINGER berichtete aus der konstituierenden Sitzung des Ausschusses für „Vieh- und Milchwirtschaft“ am 21. 5. sowie des Ausschusses „Pflanzen-, Gemüse- und Gartenbau“ vom 28. 5. Auffallend war, dass der Bauernmilchpreis im Ausschuss kein Thema war.

LKR Alois FRÖSCHL berichtete über die konstituierende Sitzung des Ausschusses „Bildung, Bäuerinnen und Jugend“ vom 20. 5. mit einer anschließenden erweiterten Ausschusssitzung, zu der Vertreter aller Bezirksbauernkammern eingeladen waren. Weiters vom konstituierenden Ausschuss „Recht, Steuer, Sozial- und Arbeitsrecht, Umwelt und Natur“, vom 29. Mai. Es gab Fachreferate über die Steuerreform 2015, über Aktuelles aus dem Sozial- und Arbeitsrecht, über einen Vorschlag zur Erbrechtsreform und über jenen einer Kammergesetz-Novelle. Änderungsbedarf im NÖ-Landwirtschaftskammergesetz ergibt sich durch die neue Hauptfeststellung der Einheitswerte in dem auch Pächter (Bezieher von öffentlichen Geldern) eine entsprechende Berücksichtigung finden. Bisher galt diese nur für Eigentümer von land- und forstwirtschaftlichen Flächen. Laut Vorschlag der LK sollen auch Bewirtschafter mit einem EW-Anteil für öffentliche Gelder von mindestens 150 Euro, kammerzugehörig, umlagepflichtig und kammerwahlberechtigt werden.

Kassier Hubert BUCHINGER berichtete von einem Habensaldo von 6.517 Euro zum 29.11.2014. Am selben Tag haben die Kassaprüfer Johann KÖNIG und Robert EDER die Kassa geprüft und für in Ordnung befunden. EDER stellte den Antrag auf Entlastung des Kassiers und des gesamten Vorstandes, die einstimmig erfolgte.

Zum Tagesordnungspunkt **„Ergänzungswahlen“** wurden vorgeschlagen und einstimmig gewählt – zu Obmannstellvertretern: Manfred MITMASSER, Erwin RUPP-PÖCKL und Herbert HOCHWALLNER. – Als Schriftführer: Erwin NETZL. – Zu weiteren Vorstandsmitgliedern: Christoph HEIGL und Robert SCHÖGGL. Die Vorgeschlagenen waren anwesend und stellten sich vor.

Folgende **Anträge** wurden von Josef SCHMID und Franz Josef DORNINGER eingebracht:

- ◆ Die versprochene Namensänderung der Listengemeinschaft ist ehestens, spätestens bis Jahresende 2015 durchzuführen.
- ◆ Der Landesobmann soll möglichst parteifrei sein, um mit allen im Landtag vertretenen Parteien auf gleiche Weise agieren zu können.
- ◆ Die Vorstandssitzungen des UBV NÖ sollen wie bisher als „Erweiterte“ abgehalten und dazu auch die Bezirksvertreter, die Kammerräte und ehemaligen UBV-Funktionäre eingeladen werden. Dies, um den Informationsfluss zwischen Basis und Vorstand zu optimieren.
- ◆ Anzustreben ist auch eine Änderung des LK-Wahlrechtes.

Diese Anträge lösten eine intensive Diskussion aus. Als Ergebnis wurde einstimmig beschlossen, dass die Listenbezeichnung „Freiheitliche Bauernschaft“ kammerintern bis 2020 unverändert bleibt, aber nach außen, im Auftreten in der Öffentlichkeit heißt sie „Freiheitliche Bauernschaft und Unabhängiger Bauernverband“.

Unter „**ALLFÄLLIGES**“ wurden folgende Themen behandelt: Generelle Freigabe der Waldwege für Mountainbiker und Reiter wäre eine Eigentumsbeschränkung und Bewirtschaftungerschwernis für die Grundbesitzer. – IG-Milch und Freie Milch – Einheitswertbescheid: Dazu liegen Einspruchblätter in den BBKs auf. Die Richtbetriebe aller Bezirke wurden in der amtlichen „Wiener Zeitung“ veröffentlicht. – UBV-Beitrittserklärungen und Folder (UBV-Programm) sollten über E-Mail verteilt werden bzw. von der Homepage herunterzuladen sein. – UBV-Anträge sollten immer zwischen jenen in der BBK und jenen in der Landwirtschaftskammer abgestimmt werden. – Eine Klausur der UBV-Kammerräte wird für den Winter geplant. – Obmann SCHMIEDLECHNER bedankte sich für die rege Diskussion an einem langen Abend und schloss damit den außerordentlichen Verbandstag.

## OBERÖSTERREICH:

### DER UBV IN DEN LK-AUSSCHÜSSEN

Auf der letzten Seite der UBZ 107/04/2015, unter dieser Überschrift, haben sich Übertragungsfehler eingeschlichen, die hiemit korrigiert werden. So werden die UBV-Vertreter im „Ausschuss für Bildung und Beratung“ wie folgt korrigiert: Die Interessen des UBV vertritt als stimmberechtigtes Mitglied **Werner NEUBACHER-KREMEIER** und sein Ersatz ist **Johannes RAMSAUER**. – Der Ersatz im „Ausschuss für Pflanzenproduktion und Grünlandwirtschaft“ heißt Erich PERGER.

In den „**Objektivierungsbeirat**“, der für die personelle Besetzung in der Kammer mitentscheidend ist, hat der UBV Christian STEINDL und Herbert PÜHRINGER als Mitglieder und Johannes RAMSAUER und Johann HIMMELFREUNDPOINTNER als Ersatz namhaft gemacht. Neben dem BB ist der UBV dank seines Mandatsgewinnes die einzige Minderheitsfraktion, die in alle LK-Ausschüsse stimmberechtigte Mitglieder entsendet und nicht nur solche „mit beratender Stimme“, was aber nur bei einer Beschlussfassung im jeweiligen Ausschuss von Bedeutung ist. – **Der Objektivierungsbeirat setzt sich aus insgesamt 12 Mitgliedern zusammen, wovon sieben auf den BB entfallen, damit auch dort seine Mehrheit nicht gefährdet ist.**

### „Wortspenden“ aus der LK-Vollversammlung 27.2.2015

**LR Max HIEGELSBERGER:** „Es wird immer einen Mix geben aus Betrieben die mit den Markterlösen ganz gut leben können und jenen Betrieben (in benachteiligten Gebieten), die deutlich öffentliche Unterstützung brauchen. Der Produkt- bzw. Produzentenpreis ist immer nur ein Teil der Wahrheit des bäuerlichen Einkommens und der damit verbundenen Aufgaben und finanziellen Mittel. – Jeder Landwirt würde sich wünschen, dass die Produktpreise so sind, dass man davon leben kann. Das ist aber häufig ein Wunsch. Nicht einmal in den USA ist das der Fall, dort ist die öffentliche Unterstützung gleich hoch oder manchmal sogar höher als in Europa. – Wir müssen aufzeigen was die Landwirtschaft kann und was sie nicht kann. Wir brauchen eindeutig auch ein starkes Sprachrohr in Richtung Pflanzen- und Tierschutz.“

**Karl KEPLINGER (UBV):** „Wenn ÖVP NR Fritz NEUGEBAUER meint, keine Gruppe lasse sich auch nur einen Cent nehmen und er schon gar nicht, dann hat er offenbar auf den BB vergessen, denn die haben sich schon viel mehr nehmen lassen und immer sind die anderen daran schuld.“

**Klaus WIMMESBERGER** (UBV): „Wir sollten an Sozialversicherungsbeiträgen einzahlen nach dem was wir verdienen und nicht das, was die Sozialversicherung braucht. Wir können nichts dafür, dass so viele Bauern aufhören bzw. aufgehört haben. Das ist keine Realitätsverweigerung, wie man mir vorwirft. Wir sind immer weniger Bauern, sollen stets aber das gleiche Beitragsaufkommen einzahlen!“

## Alle vier UBV-Anträge abgelehnt

Der UBV hat auch in der konstituierenden **Vollversammlung vom 27.2.** vier Resolutionsanträge eingebracht, die alle von BB + SPÖ mit Mehrheit abgelehnt wurden. Es ging dabei um folgende Themen:

1. **Agrardiesel wieder einführen.**
2. Aufwandsentschädigungen der Kammerfunktionäre in „Der Bauer“ offenlegen.
3. Budgetmittel für Qualitätsprogramme in der Tierhaltung direkt an die viehhaltenden Betriebe auszahlen.
4. Eine Volksabstimmung über TTIP abhalten (wenn ein TTIP-Ergebnis vorliegt).

Dem Dringlichkeitsantrag der „Grünen“ bezüglich der in OÖ ausgebrochenen Rinderkrankheit IBR/IPV schnellstmöglich alle notwendigen Schritte einzuleiten und die Landwirte hinsichtlich der Kosten schadfrei zu halten, wurde einstimmig beschlossen.

## DAS BEREITET KOPFZERBRECHEN

Die größte Bauernorganisation hat heuer unter ihren Mitgliedern eine Umfrage durchgeführt wie sie zum UBV stehen. Das Ergebnis habe, wie der UBZ berichtet wurde, ziemliche Wellen geschlagen und bereitet den Auftraggebern Kopfzerbrechen. Danach könnten sich nämlich 60 % vorstellen den UBV zu wählen und zwei von drei Betriebsführern UBV-Obmann KEPLINGER zu unterstützen.

Nun sind Umfragen ja das Eine und die Realität das Andere. Man erinnert sich an die Konsumentenumfragen ob diese bereit wären auch mehr für Lebensmittel zu bezahlen. Nichtsdestoweniger spiegeln Umfragen eine Meinung, auch eine Absicht wider, auch wenn diese derzeit noch nicht umgesetzt wird.

## AUS DER KAMMERVOLLVERSAMMLUNG VOM 11. JUNI

Eine Vollversammlung, die ohne Pause von 9 bis 15.25 Uhr dauert, verlangt allen Teilnehmenden schon einiges ab. Abgesehen davon, dass sich der BB durch die kritischen Wortmeldungen aller Minderheitenvertreter schon sehr auf den Schlipps getreten fühlte, einen seiner jungen „Wilden“ ans Rednerpult schickte, wodurch die Sitzung fast zu eskalieren drohte, standen auch insgesamt acht Resolutionen und 10 Anträge zur Behandlung an.

Vier der sechs vom BB-Präsidium eingebrachten Resolutionen fanden eine einstimmige Annahme. **Nur vom UBV abgelehnt wurde jene, welche „eine Ablehnung des Selbstbestimmungsrechtes bei GVO-Futter- und Lebensmitteln mit Nachdruck“** zum Inhalt hatte. Begründet wurde diese Resolution des Bauernbund-Präsidiums mit dem Argument, dass durch das teurere gentechfreie Sojaschrot insbesondere die Schweineproduktion sich „dramatisch“ verteuern würde. Der UBV weist darauf hin, dass hinsichtlich der verordneten gentechfreien Fütterung für Hühner und Milchvieh die Futtermittelverteuerung kein BB-Argument war. Mit „als zu vage formuliert“ haben die GRÜNEN die Resolution betreffs „widerrechtliches Eindringen in Ställe“ abgelehnt.

## Darum ging es in den UBV-Anträgen

1. Zahlungen für Grundablösen und Grundinanspruchnahmen, die dem öffentlichen Interesse dienen, sind für den Grundeigentümer abgaben- und steuerfrei zu halten.
2. In der wiedereröffneten Transparenzdatenbank soll nur jenen Einsicht über Ausgleichszahlungen und Förderungen gewährt werden, die im Zuge der Abfrage ihre eigene Identität gegenüber dem Zahlungsempfänger bekannt geben.
3. Nach Abschluss der Verhandlungen über das Freihandelsabkommen TTIP soll eine Volksabstimmung über Zustimmung oder Ablehnung des Abkommens durchgeführt werden.
4. Das Präsidium der LK-OÖ wird von der Vollversammlung aufgefordert, in der Kammerzeitung „Der Bauer“ ALLE an die Vollversammlung gestellten Anträge der Fraktionen und deren Stimmverhalten zu veröffentlichen. (Bisher nur Resolutionen des Präsidiums)
5. Die Vollversammlung fordert den oö Landtag auf, keine Änderungen bzw. Verschlechterungen im Jagd- und Enteignungsgesetz für Grundbesitzer zu beschließen. – Aus „taktischer Sicht“ von der BB-Mehrheit abgelehnt, „bisherige Regelung genügt“.

6. Die Errichtung einer zweiten HLBA neben St. Florian soll errichtet werden. Ein unüberlegt formulierter Antrag. Mit „OÖ hat in der HLBA-Elmberg schon eine zweite“, wurde die Ablehnung leicht gemacht. – (Besser wäre eine HLBA für das Innviertel zu fordern.)

**Resümee:** Die UBV-Anträge 1. und 3. erhalten einstimmige Bejahung. – Der Antrag 2. Transparenzdatenbank wird mit der Mehrheit von BB + SPÖ abgelehnt. Ebenso der 4. Antrag.

Der erst in die Vollversammlung eingebrachte Dringlichkeitsantrag des BB betreffs „Einstellung auch von Asylanten als landwirtschaftliche Saisonarbeitskräfte“, erhält die einstimmige Zustimmung.

Von der Vollversammlung bestätigt wurden auch die bisher noch unbesetzten Mandate in den 442 Ortsbauernschaften von OÖ mit insgesamt 3.357 Orts-Ausschussmandaten. Auf Grund des LK-Wahlergebnisses errang der UBV davon 376 und es bedurfte schon etlicher Anstrengungen um sie zu besetzen. Denn geheim abzustimmen ist das Eine, aber sich öffentlich zum UNABHÄNGIGEN Bauernverband zu bekennen, auch heute noch, das Andere.

## „DICKSCHÄDLAT“

Ih bin a Zniachterl nebm dir,  
derf mih mit dir net messn,  
nebm deiner kimmt mar allweil vür,  
ih kann mih glatt vergessn.

Du bist so guat, du bist so gscheit,  
vül besser gehts fast nimmer,  
ma siacht scho bald va aller Weit  
am Kopf an Heiligenschimmer.

Grad oans frag ih mih ab und zua,  
zwegn was soll ih dir gleicha?  
Ih kann net geh mit deine Schuah,  
des Zül wirst net erreicha.

Rennt ah de ganze Welt verkehrt,  
ih werd s net umdrahn kinna,  
doh was mih druckt und d Seel beschwert,  
lass ih durch d Feder rinna.

Mag sei, des is für dih net gnua,  
mag sei, ih lieg danebm –  
grad deswegn steh ih voll dazua,  
leb mei und net dei Lebmi.

A Zniachterl bleib ih, aber mei,  
des kann mih net verdriaßn,  
ih wüll ja nuh koa Engl sei –  
dei Zniachterl lasst sche griäßn!

Mit der Wiedergabe dieses, mit dem „Franz Hönig-Preis“ ausgezeichneten Siegedichtes verbinden wir vom UBV – wohl sehr verspätet – unsere herzliche Gratulation an die schon mehrfach ausgezeichnete Preisträgerin. Auch sie ist schon seit vielen Jahren eine begabte „Dichterbäuerin“ unsere ehemalige Landesobfrau des Unabhängigen Bauernverbandes Oberösterreich und als Gstanzl-Schmiedin über den Bezirk Steyr hinaus bekannt. Wir alle wünschen der „Christl“ auch weiterhin viel Schaffenskraft und uns noch viele humorvolle und tief sinnige Mundartgedichte.

Sie hat bisher zwei kleine Mundart-Gedichtbände herausgebracht, die auch noch erhältlich sind. (Christine Kaltenböck, Kaumbergweg 10, 4522 Sierning, 0676 673 26 33)

## BEITRITTSERKLÄRUNG

Hiermit trete ich dem „**Österr. Unabhäng. Bauernverband**“, Landesverband \_\_\_\_\_ bei.

Vor- und Zuname: \_\_\_\_\_ geb. am: \_\_\_\_\_

Hausname: \_\_\_\_\_ Wohnort: \_\_\_\_\_

Post: \_\_\_\_\_ Tel/Fax/E-Mail: \_\_\_\_\_

Land- u. Forstw. Einheitswert: \_\_\_\_\_ Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Ich erhalte die „**Unabhäng. Bauernzeitung**“ (UBZ) **kostenlos** (nach Einzahlung von mindestens 25,- Euro/Jahr).

**Bitte einsenden aus:** NÖ + Bgl. + Wien **an:** Hubert Buchinger, Wiese Höhe 45, 3340 Waidhofen/Ybbs  
OÖ + Krnt. + Vrbg. **an:** Johann Lohner, Aigelsberg 6, 4951 Polling  
Salzburg + Tirol **an:** Simon Klausner, Girlingstraße 4, 5161 Elixhausen  
Steiermark **an:** Johann Ilsinger, Erlsbach 14, 8953 Donnersbach

WWW.UBV.AT  
OFFICE@UBV.AT